30 Jahre Landespressekonferenz Baden-Württemberg

30 Jahre Landespressekonferenz Baden-Württemberg

von
Paul Hellersberg
Alterspräsident und Gründungsmitglied der LPK

Herausgegeben von der Landespressekonferenz Baden-Württemberg
1984

Fotos in dieser Broschüre von: Z. Engel, J. P. Maucher, Kraufmann, dpa, K. Eppler, Archiv.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Eine Lücke wird deutlich	5
Die Geburtsstunde der Landespressekonferenz (LPK)	6
Ein idealer Repräsentant	8
Der Landtag: Wichtiger und hilfreicher Partner	8
Dolmetscher zwischen Parlament und Bürger	10
Ein Instrument der Integration	10
Der Alltag des landespolitischen Journalisten	11
Die „Terminitis“	13
Erleichterungen von Regierungsseite	13
Versuch einer Personenbeschreibung	14
Bemühung um Weltsicht	14
Der Landespresseball – die LPK begründet eine neue Tradition	16
Anerkennung durch die politische Führung	18
Prof. Dr. Gebhard Müller (Ministerpräsident von 1953–1958)	18
Dr. Kurt Georg Kiesinger (Ministerpräsident von 1958–1966)	19
Prof. Dr. Hans Filbinger (Ministerpräsident von 1966–1978)	20
Lothar Späth (Ministerpräsident seit 1978)	21
Erich Schneider (Landtagspräsident seit 1982)	22
Die Vorstände der LPK	25
Die Landespressekonferenzen der anderen Bundesländer	27

Die Landespressekonferenz Baden-Württemberg (LPK) besteht seit 30 Jahren. Sie wurde 1954 gegründet. Heute ist sie ein wesentliches Element im Bereich des landespolitischen Geschehens. Ein Rückblick erscheint angebracht. Man muß sich dazu in die politische Landschaft des Gründungsjahres zurückversetzen.

Der im April 1952 im Stuttgarter Landtag proklamierte Südweststaat, die bisherigen badischen und württembergischen Gebiete umfassend, hatte eine komplizierte und mit politischen Kämpfen erfüllte Vorgeschichte, die 1948 in ihr akutes Stadium getreten war. Das Gestrüpp der Schwierigkeiten vor Erreichung des großen Zieles mag die Aufzählung der damit fördernd, hemmend oder mit wechselnden Standpunkten befaßten Instanzen zeigen: die Westalliierten, die Konferenzen der westdeutschen Ministerpräsidenten, der Bundeskanzler, das Bundeskabinett, der Bundestag, der Bundesrat, die Kabinette und Parlamente in Stuttgart, Freiburg und Tübingen, dazu die Konferenzen der drei südwestdeutschen Regierungen, das Bundesverfassungsgericht, schließlich die Wähler; in Württemberg zweimal, in Baden dreimal (zuletzt 1970) befragt.

Stuttgart war 1954 auf dem Wege, eine mächtige Hauptstadt in einem mächtigen Bundesland zu werden. Noch war das volle Ausmaß des bis heute im neuen Land Baden-Württemberg Erreichten an Wiederaufbau, Wirtschaftskraft, Integration und politischem Gewicht im Kranz der Bundesländer nicht voll erkennbar. Die Medien reagierten jedoch schnell. Presse, Rundfunk und Fernsehen verstärkten bald ihre landespolitischen Redaktionen in der zukunftsträchtigen Landeshauptstadt. Ohnehin nahm Baden-Württemberg im Bund an Vielfalt und Auflagenhöhe der abonnierten Tageszeitungen bald proportional eine Spitzenstellung ein, unter anderem wohl Ausdruck einer Bevölkerung aus informationsbedürftigen Individualisten. Dazu kamen zwei große Rundfunkanstalten (Süddeutscher Rundfunk und Südwestfunk).

Eine Lücke wird deutlich

Etwas aber fehlte noch. Um die Wende 1953 auf 1954 wurde die Lücke deutlich. Konrad Adenauer, jahrelang kein Freund der südwestdeutschen Einigungspläne, machte einen Staatsbesuch in Stuttgart, ein bedeutender symbolischer Akt. Nur wenige, mehr oder weniger vom Zufall zusammengeführte Journalisten waren zum Auftritt des Bundeskanzlers im Cannstatter Kursaal geladen. Ein kleiner Aufstand im Bereich der Medien folgte. Der Vorgang zeigte die dringende Notwendigkeit, die in Stuttgart tätigen hauptberuflich landespolitisch befaßten Korrespondenten und Redakteure organisatorisch zusammenzufassen. Dieses, von dem bezeichneten Kreis selbst zu schaffende Instrument sollte dazu dienen, den Medien durch ihre ausdrücklich legitimierten journalistischen Vertreter laufend landespolitische

beziehungsweise landesrelevante Informationen zu sichern und den Organen und Organisationen des öffentlichen Lebens (z.B. Regierung, Ministerien, Landtag, Parteien, Wirtschaftsverbände etc.), diese Gruppe als kompetente Informationsempfänger bekanntzumachen.
Ähnlich war vorher schon, wenn auch dem besonderen Zweck angepaßt, die Bundespressekonferenz in Bonn zustande gekommen und erfolgreich tätig. In einzelnen Bundesländern deuteten sich zu jenem Zeitpunkt gleiche Bestrebungen an, waren zum Teil auch schon verwirklicht. Der Name „Landespressekonferenz" war geboren aus den spezifischen Bedürfnissen der Medienentwicklung seit 1945.

Die Geburtsstunde der Landespressekonferenz (LPK)

Nach Vorbesprechungen in größeren und kleineren Kollegenkreisen über Grundsätze und Satzungsformulierungen fand im damals noch existierenden Stuttgarter Schloßgarten-Café am 18. Januar 1954 die Gründungsversammlung der „Landespressekonferenz Baden-Württemberg" statt. Jeder Teilnehmer war durch das von ihm vertretene Organ als landespolitischer Journalist legitimiert. Dr. Eugen Pfuhler, Stuttgarter Korrespondent des Norddeutschen Rundfunks, ein besonnener Mann und beliebter Kollege, war Vorbereiter, Einberufer und Leiter dieser zeitweise stürmisch verlaufenden Sitzung, sowie der dann auch für das erste Jahr gewählte Sprecher. Einig war man sich über folgende Grundsätze: Die Landespressekonferenz ist ein unabhängiger Zusammenschluß von Journalisten mit den oben umrissenen Aufgaben. Eröffnung, Vorbereitung und Abschluß der Konferenzen stehen dem jeweiligen Sprecher der LPK zu. Die Eigeninitiative des Journalisten darf durch seine Mitgliedschaft nicht behindert werden. Die LPK strebt kein Informationsmonopol an. Ein Satzungsentwurf wurde angenommen, ein Vorstand gewählt. (Die Eintragung in das Vereinsregister erfolgte ein Jahr später am 3. Februar 1955.)
Die Tätigkeit der Landespressekonferenz ließ sich bald nach der Gründung gut an. Die Arbeitsgemeinschaft umfaßte in den ersten Jahren rund 40 Mitglieder. Ihr Auftreten erweckte Vertrauen. Ministerpräsident Gebhard Müller oder einer seiner Kabinettskollegen der Großen Koalition standen jeweils nach der wöchentlichen Kabinettsitzung in der Regel zu einer Konferenz mit der LPK über die dort behandelten Themen zur Verfügung, wozu sich der harte Kern der landespolitischen Journalisten, damals wie heute etwa 15 bis 20 Mitglieder, einfanden. Dies ist unter den folgenden Regierungen, wenn auch in Variationen, so geblieben. Der Verhandlungston blieb stets höflich. Die in den Fragen der Journalisten steckende Sachkunde wuchs stetig. Das Klima der Regierungspressekonferenzen in der Villa Reitzenstein ist unbeschadet unterschiedlicher Temperamente der vier Regierungschefs und wechselnder Koalitionen bis heute erhalten geblieben. Die Chefredaktionen der Presse und des Rundfunks bemerkten bald den

LANDESPRESSEKONFERENZ BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Arbeitsausschuß

A u s z u g

aus dem Protokoll der konstituierenden Versammlung der Landespressekonferenz Baden-Württemberg am 31. Januar 1955 in Stuttgart, Hotel Rauh

Die konstituierende Versammlung beschloss einstimmig die Gründung eines eingetragenen Vereins unter der Bezeichung

"Landespressekonferenz Baden-Württemberg EV"
mit dem Sitz in Stuttgart.

Die beiliegende Satzung wurde einstimmig gebilligt.
Anschliessend wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen.
In geheimer Abstimmung wurden gewählt:

1. Vorsitzender Herr Karl Dees, Stuttgart, Lindenspürstr. 26,
2. Vorsitzender Herr Friedrich Treffz-Eichhöfer, Stuttgart, Marienstr. 39,
3. Vorsitzender Herr Dr. Wilhlem Gradmann, Stgt.-Feuerbach, leibelweg 22,

Schriftführer Herr August Griesinger, Sgt.-Ost, Metzstrasse 33,

Kassenführer Herr Paul Hellersberg, Stuttgart, Eduard-Pfeiffer-Str. 49.

Stuttgart, den 31. Januar 1955

Karl Dees. Fr. Treffz-Eichhöfer Dr. Wilhelm Gradmann
August Griesinger P. Hellersberg

Geschäftsstelle: Stuttgart · Schließfach 1106 · Telefon 60651 · Fernschreiber: TW 0723762 · Bankkonto Nr. 55042 bei der Württ. Landesparkasse, Stuttgart

Zuwachs an Informationen aus dem Zentrum der Landesverwaltung. Die Pressestellen der Ministerien hatten endlich einen brauchbaren Verteilerschlüssel für ihre zusätzlichen schriftlichen Nachrichten und Hintergrundinformationen.

Ein idealer Repräsentant

Nach Ablauf des ersten erfolgreichen LPK-Jahres verzichtete der Sprecher Dr. Pfuhler bei der Hauptversammlung am 21. Januar 1955 aus Gesundheitsgründen auf eine erneute Kandidatur. Sein Nachfolger für das Amt des Ersten Vorsitzenden, Karl Dees, wurde mit großer Mehrheit gewählt. Er hatte sich nicht um die Wahl bemüht. Der Autor dieser Zeilen hatte mit ihm vielmehr am Tag der Hauptversammlung in einer mehrstündigen Unterhaltung um seine Zustimmung gerungen. Er wurde ein idealer Repräsentant der landespolitischen Journalisten, wurde fünfmal hintereinander jährlich wiedergewählt und hat in dieser Zeitspanne der LPK großen Prestigegewinn gebracht. Karl Dees war ein älterer Herr von natürlicher Würde, verbunden mit der Höflichkeit der Jahrhundertwende. Aber auch ein Schuß Eigensinn fehlte nicht. Im ganzen eine runde Persönlichkeit, mit der man gern mehrere Jahre lang die Vorstandssitzungen teilte. Karl Dees war auch insofern der gegebene Mann an der Spitze der LPK in den noch labilen Jahren nach dem Zusammenschluß von Baden und Württemberg, weil er, der Badener aus Karlsruhe, in Stuttgart eine württembergische Zeitung als Redakteur vertrat. Dr. Gebhard Müller nannte ihn beim Abschied und der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes den „Adenauer der Landespressekonferenz".

Der Landtag, wichtiger und hilfreicher Partner

Zu den wichtigsten Partnern der LPK gehörte seit deren Gründung der Landtag. Seine jeweilige Zusammensetzung nach Fraktionen spiegelt die politische Grundstimmung des Volkes wider. Die Landespressekonferenz ist durch mannigfaltige Fäden mit dem Parlament, ihrem Präsidium und ihren Abgeordneten verknüpft. Dort fallen wichtige Entscheidungen und es sprudeln manche Quellen erhellender Hintergrundinformationen für den Journalisten, der sich hier zu Hause fühlen kann. Präsidium und Verwaltung haben im Rahmen des Möglichen meist viel Rücksicht auf die Bedürfnisse der Medien gezeigt. Während der Anfangsjahre des Südweststaates war das nicht immer leicht. Das „Eduard-Pfeiffer-Haus", der alte Bau in der Heusteigstraße, im 19. Jahrhundert zu anderen Zwecken errichtet, bot dem parlamentarischen Betrieb Schwierigkeiten jeder Art. Der Plenarsaal glich einem überdimensionalen Raum für ländliche Feste. Die Regierung saß an Tischen zu ebener Erde, die Presse schwebte auf einer Galerie viel zu hoch darüber. Die Nebenräume waren dürftig. Bei Errrichtung des neuen

Landtags 1961 wurde die LPK zeitig zu Rate gezogen mit dem Erfolg verbesserter Arbeitsmöglichkeiten der Journalisten im Plenarsaal, besonderen Schreibzimmern, Räumen für Pressekonferenzen und LPK-Versammlungen. Je eine gesonderte, technisch entsprechend ausgerüstete Spezialkabine (für den Südfunk und den Südwestfunk) verbindet seither optisch und akustisch das Geschehen im Plenarsaal mit den Hörern und Zuschauern im Land.
Seit Anfang der siebziger Jahre sorgt eine neu eingerichtete Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit im Landtag unter ihrem sehr rührigen Chef für alle informatorischen und technischen Erleichterungen der Medienarbeit, einschließlich einer nahezu täglich erscheinenden fototechnisch faksimilierten, umfassenden Presseschau, spezialisiert auf die Landespolitik. Der von der gleichen Abteilung organisierte Besucherdienst zeigt steigende Tendenz. 1983 erreichte er insgesamt über 50000 Personen, darunter Schüler, Lehrer, Studenten, Gemeinderäte und Beamte aus dem ganzen Land, begleitet von sachkundigen Vorträgen. Trotzdem zeigt sich bei gelegentlichen, freilich nicht wissenschaftlich repräsentativen Befragungen eine gewisse Ernüchterung. Dem Landtag fehle, so meint mancher, „Bürgernähe".

Die erste Sitzung im neuen Stuttgarter Landtagsgebäude 1961.

Dolmetscher zwischen Parlament und Bürger

Hier liegt eine große Aufgabe der Landespressekonferenz, insbesondere ihrer Parlamentsberichterstatter und Kommentatoren. Die zwingende Macht des Faktischen, der gebietsübergreifende Charakter mancher staatlicher Probleme, hat das Schwergewicht des Bundes gegenüber den Ländern während der vergangenen Jahrzehnte zweifellos vergrößert und den Spielraum der Landesgesetzgebung verkleinert. Dennoch bleibt der föderalistische Aufbau des Bundes, einschließlich dem Bonner Zweikammersystem und den legislativen Rechten der Bundesländer, ein tragendes Element grundgesetzlicher Ordnung. Sicherlich sind die der Landespolitik verbliebenen Zuständigkeiten, z.B. der Kulturpolitik (einschließlich Schulen und Hochschulen), der Etathoheit, der Regierungskontrolle wichtig und von politischem Charakter, in der parlamentarischen Detailbehandlung aber ihrer Natur nach meist spröde. Manche Besucher der Plenarsitzungen messen - und hier liegt der Fehler -, ihre Eindrücke an den großen Fernsehübertragungen der Bundestagsdebatten über oft dramatische und leicht faßbare große Themen. Die landespolitische Presse (dazu natürlich auch Funk und Fernsehen) bemühen sich mit Erfolg, aus der spröden Fülle des gedruckten und gesprochenen Landtagsmaterials den Kern der Fragen verständlich und transparent zu machen, die auch den einzelnen Bürger in ihren Auswirkungen berühren.

Ein Instrument der Integration

Mit den Jahren wuchs die Bedeutung der LPK Baden-Württemberg spürbar. Aus einer Idee war eine Funktion geworden. Man hatte allerseits im öffentlichen Leben die Nützlichkeit dieses Instrumentes entdeckt, freilich mit wirksamer Unterstützung durch die Aktivitäten des jeweiligen Vorstandes. Dabei galt es Kontakte und persönliche Verbindungen in der Landeshauptstadt zu pflegen und die spezifischen Probleme in allen Teilen des Landes an Ort und Stelle kennenzulernen, um aus fundierten Erfahrungen berichten zu können. Das Land befand sich im ersten Jahrzehnt der LPK noch in den Bemühungen um Integration, einem nur langsam fortschreitenden Prozeß. Die ausführlichen Berichte der Medien aus den Regionen haben diesen Vorgang zwar unmeßbar, aber ganz wesentlich gefördert. Die Reisen waren meist gut vorbereitet. Oberbürgermeister und ihre Verwaltungsapparate, Regierungspräsidenten, Landräte, Landtagsabgeordnete der Wahlkreise und andere Kenner der lokalen Interessen opferten den Besuchern ein bis zwei Tage mit Vorträgen und Besichtigungen. Ungehemmt durch das Korsett eines offiziellen Staatsbesuches kam dabei vor der Schar der lernwilligen und durchweg unvoreingenommenen Journalisten manches Interessante zu Tage. Keine Region ist dabei ausgespart worden, einschließlich der bedeutenden Städte wie z.B. Ulm, Mannheim, Karlsruhe,

Freiburg, Pforzheim und Friedrichshafen (die beiden ehemals zu 80 bis 90 Prozent zerstörten Städte), Schramberg, die Uhrenstadt, Heidelberg und viele andere. Die Besuche zu Anfang der sechziger Jahre galten mit Vorzug den Problemgebieten wie Nordbaden, dem Hotzenwald, dem Bodensee, der Oberrheinregion samt Rheinseitenkanal, dem Kreis Konstanz und anderen Kreisen. Nach dem Erscheinen der Berichte in Zeitungen und Rundfunk erhielt die LPK als Reaktion manche erstaunte und dankbare Äußerung über die unerwartete publizistische Breitenwirkung des jeweiligen Besuchs. Die Vermutung dürfte nicht zu kühn sein, daß die Krönung der großen Staatsgründung im deutschen Südwesten, nämlich das einhellige Einverständnis des badischen Volkes bei der freien Abstimmung im Juni 1970 mit dem Zusammenschluß nicht unwesentlich auch diesem Teil der LPK-Aktivitäten zu verdanken ist.

Der Alltag des landespolitischen Journalisten

Die ausführliche Darstellung der LPK auf Reisen (von größeren Unternehmen wird noch zu sprechen sein) darf nicht zur Verwechslung der Landespressekonferenz mit einem Touristikverein verführen. Die Finanzierung der Reisen (keine Staatsmittel!) war nicht in jedem Fall ganz einfach, ebenso der Zeitaufwand der Teilnehmer, deren Durchschnittszahl etwa bei 15 bis 25 Mitgliedern lag. Zudem erstrecken sich die Unternehmen auf einen Zeitraum von 30 Jahren.

Der Alltag eines landespolitischen Stuttgarter Journalisten sieht anders aus. Ein unlängst im 3. Programm (Südwest 3) gezeigter dreiviertelstündiger Film war der Landespressekonferenz Baden-Württemberg gewidmet. Er löste im Kreis der Betroffenen geteilte Meinungen aus. Da man einen am Schreibtisch sitzenden, scharf nachdenkenden, mit Papier raschelnden oder telefonierenden Journalisten dem ungeduldigen Fernseher von heute wohl kaum länger als eine halbe Minute vorführen kann, wich der Autor und Regisseur des Films weitgehend auf Bilder von Sommerfesten samt Tennisspielen, Arbeitsessen und Landespressebällen aus, gewiß auch unterbrochen von sachkundigen Kommentaren. Jedoch blieb der optische Eindruck der Ernsthaftigkeit des zu schildernden schweren Berufes vieles schuldig. Der Leiter der landespolitischen Redaktion einer großen Tageszeitung, selbst ein prominentes Mitglied der LPK, schrieb in seiner Kritik zum Film eindrucksvolle Sätze, die den Alltag eines LPK-Journalisten treffend schildern. Es heißt da unter anderem:

„Wo blieb die Härte dieses Jobs, die doch den größten Teil des Journalistentages in der Landeshauptstadt ausmacht? Eine zähe Recherche am Telefon oder im Landtag, der ermüdende Kampf mit dem frühen Dienstschluß der Behörden, das Wühlen in kiloschweren Papierhaufen – das läßt sich im Fernsehfilm eben schwer darstellen. Die wahren Probleme des Hauptstadtjournalismus sind nicht oder nur am Rande behandelt worden: Das Erstik-

Die LPK vor der Einfahrt in ein Bergwerk bei Walsum.

Besuch bei der Firma Junghans in Schramberg 1957, links der Gründungsvorsitzende Dr. E. Pfuhler, Mitte Vorsitzender Karl Dees.

Der erste von rechts: H.-D. Zöllner, der dritte Heinz Stabe.

ken in der Routine, das den Blick für die großen Fragen verstellt, die Jagd nach Exklusivinformationen, dies wäre ein Bild der Landespressekonferenz abseits der vielen Klischeevorstellungen gewesen, denen der Autor leider nicht immer ausgewichen ist."

Die „Terminitis"

Der Arbeitstag der landespolitischen Redakteure oder Korrespondenten der Medien in Stuttgart wird beherrscht vom Terminkalender. Dabei werden grundsätzlich Termine nur nach vorheriger Absprache mit der LPK akzeptiert, abgesehen von seltenen Fällen. Die Koordinierung der einzelnen Pressekonferenzen nach Monat, Tag und Stunde belastet das Büro und den Vorsitzenden der LPK ungemein. Dabei nimmt die Terminflut noch zu. Es gilt, viel Nebensächliches, nicht zum Bereich der LPK Gehörendes freundlich, aber bestimmt abzuwimmeln. Landtag, Regierung und Staatsverwaltung haben Vorrang und schlagen ihre Pressetermine in der Regel selbst vor. Unbeschadet des oft beklagten Kompetenzverlustes ist die Anzahl der dem Parlament vorgelegten Gesetzentwürfe noch immer groß. Die 9. Legislaturperiode (vier Jahre) beginnt im Sommer 1984. In der sechsten Periode zählte man 184, in der siebten 121 und in der eben zu Ende gegangenen achten 128 Gesetzentwürfe, davon wurde jeweils die größere Anzahl seitens der Regierung eingebracht. 83 Gesetze wurden allein in den letzten vier Jahren verabschiedet. Dies alles nebst tausenden weiterer Landtags-Drucksachen (Große und Kleine Anfragen und Antworten der Regierung, Anträge, Beschlußempfehlungen der mehr als zehn Ausschüsse) muß von den zuständigen Journalisten laufend gelesen, die Plenarsitzungen (in der achten Wahlperiode allein 81) müssen besucht werden. Die dünne Besetzung der Pressetribüne am späteren Nachmittag wird von Abgeordneten gelegentlich gerügt. Sie beweist nicht mangelndes Interesse, sondern die Unvereinbarkeit der Redaktionsschlußzeiten und des jeweiligen Sitzungsendes. Kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen den zeitbedrängten Journalisten durch gegenseitige Unterrichtung und die Verläßlichkeit der großen Nachrichtenagenturen helfen diese Lücke nach Möglichkeit zu schließen.

Erleichterungen von Regierungsseite

Der Kontakt der Medien mit der Regierungszentrale hat in den letzten Jahren manche Erleichterung gebracht. Ministerpräsident Späth hat mit seiner großen Sensibilität für Publizistik und Öffentlichkeitswirkung bei seinem Regierungsantritt vor fast sechs Jahren die Informationsabteilung des Staatsministeriums, also seiner Behörde, erheblich verstärkt. Regierungssprecher wurde damals Matthias Kleinert, zuletzt Ministerialdirigent, seit

der Umbildung des Kabinetts nach der Landtagswahl vom 25. März Staatssekretär. Er ist mit dem Ministerpräsidenten befreundet, sein politischer Vertrauter und Berater. Er bleibt auch weiterhin Regierungssprecher, hat dazu aber wichtige Funktionen und Vertreteraufgaben im engsten Stab von Lothar Späth übernommen. Im Umgang mit der Presse verfügt Kleinert über den richtigen Ton, locker, kollegial und hin und wieder bereit, mal diesem, mal jenem als Sonderzulage eine kleine zusätzliche Information zu geben.

Versuch einer Personenbeschreibung

Ein Bild der Mitglieder der Landespressekonferenz, jedenfalls ihres harten Kerns zu vermitteln, ist nicht ganz leicht zu geben. Was sie verbindet, ist der Hang zum sprachlichen Ausdruck, das Interesse am Tagesgeschehen, am politischen Getümmel auf der Landesbühne und an den Menschen, die dort agieren. Im übrigen sind es meist ausgeprägte Individualisten, sich äußerlich und innerlich ziemlich unähnlich. Es gibt die Stillen und die Kontaktfreudigen. Mancher von ihnen träumt wohl davon, auf literarischer oder historischer Ebene in Ruhe einmal ein abgerundetes Werk zu formen, wenn ihn der Streß des Tages dazu kommen lassen würde. Einiges dieser Art ist schon aus dem LPK-Kreis hervorgegangen. Die Mitgliedschaft hat binnen der vergangenen 30 Jahre natürlich fluktuiert. Männer der ersten Stunde, also seit Kriegsende journalistisch tätig, sind auch heute noch darunter. Das Durchschnittsalter der Runde dürfte zwischen 30 und 45 Jahren liegen, Ausschläge nach oben und unten natürlich eingerechnet. Damen sind rar. Eine große Nachrichtenagentur in Stuttgart hat allerdings bei einem durch Pensionierungen etc. notwendigen Revirement gleich drei promovierte Journalistinnen ins Rennen geschickt. Insgesamt ist die Zahl der LPK-Mitglieder von der Gründung bis heute etwa auf das Doppelte gewachsen, nicht jedoch die Runde, die sich zur wöchentlichen Pressekonferenz um den ovalen Kabinettstisch in der Villa Reitzenstein bei Lothar Späth versammelt.

Bemühung um Weltsicht

Die baden-württembergische Landespressekonferenz hat schon von jeher Reisen auch in das übrige Bundesgebiet und ins Ausland durchgeführt. Damit hat sich die Erkenntnis manifestiert, daß bei der zunehmenden Verflechtung innerdeutscher wie globaler, existentiell wichtiger Probleme, die Landespolitik nicht aus der Kirchturmperspektive betrieben werden kann. Mehrtägige Reisen nach Berlin und Bonn fanden schon früh in gewisser Regelmäßigkeit statt, letztere insbesondere vor Landtagswahlen. Die Bereitschaft für Gespräche in aller Ruhe mit den Bonner Spitzen inmitten der termingeplagten Bundeshauptstadt war stets beeindruckend, vom Bundespräsidenten über den Kanzler bis zu den wichtigsten oder fachlich interes-

Die LPK bei Bundespräsident Prof. Dr. Carl Carstens im Herbst 1981.

santesten Ministern. Die Vorarbeit des Bundespresseamtes war dabei unabhängig von den jeweiligen innenpolitischen Macht-Konstellationen sorgfältig und verläßlich. Die Pflege der Beziehungen zu Berlin ergab sich für die Landespresse ganz selbstverständlich aus den vitalen deutschen Interessen an diesem weltpolitisch neuralgischen Punkt. Zu interessanten Reisen verhalfen in schon frühen Jahren die guten Beziehungen zur Führung des südwestdeutschen Wehrkreises V der Bundeswehr. Mehrere Fahrten führten zu den Marinestützpunkten in der Ostsee nebst Besuch der Kieler Landesregierung, eine weitere (1960) nach Paris, zum damaligen Sitz der Nato und der Kommandozentrale SHAPE. zweimal im Laufe der Jahre empfingen in Wien die politischen Spitzen Österreichs die Gäste aus Stuttgart, unter anderem der Bundespräsident, der Kanzler, der Außenminister, mit intensiven Gesprächen und den Programmhöflichkeiten, fast als handle es sich um einen Staatsbesuch. Es folgten Reisen nach Holland, quer durch England, vor einigen Jahren eine Besichtigung im französischen La Hague, dem Lager für Rückstände aus der Atomkraftgewinnung. 1983 wurde ein in Abständen von mehreren Jahren geübter Brauch wieder aufgenommen, ein Besuch im französischen Chartres und seiner Region, dessen Presseklub mit der LPK eine Art Partnerschaft durch Besuch und Gegenbesuche pflegt. Die erwähnten Reisen sollen als Beispiele genannt werden; sie sind nicht eine vollständige Aufzählung über drei Jahrzehnte hinweg.

Der Landespresseball - die LPK begründet eine neue Tradition

Dr. Alois Rummel, damals Leiter des Stuttgarter Südwestfunk-Studios, entfaltete nach seiner Wahl zum Ersten Vorsitzenden der LPK durch die Hauptversammlung Anfang 1960 beachtliche Aktivitäten. Unter anderem setzte er noch in derselben Sitzung gegen starke skeptische Vorbehalte mancher Mitglieder den von ihm vorgeschlagenen Beschluß eines jährlichen Landespresseballs unter Federführung der LPK in Stuttgart durch. Dies hielt er zur Selbstdarstellung der Journalisten für nützlich und wichtig. Dr. Rummel nahm mit dem Vorhaben auch persönliche finanzielle Risiken in Kauf. Reaktion und Interesse des in seinen Gewohnheiten verharrenden Publikums waren schwer kalkulierbar, die Summe der zunächst in die Vorbereitungen unerläßlich zu investierenden Kosten noch nicht genau zu übersehen. Aus der Tradition der in den späten zwanziger Jahren zu Ende gegangenen Stuttgarter Pressebälle war kaum noch aktuelle Werbewirkung zu erwarten. Also sprang man beherzt ins kalte Wasser. Nach einem presse-internen Streit um das Erstgeburtsrecht der Idee des Landespresseballs nach dem Krieg, der zugunsten der LPK beigelegt wurde, terminierte man das Fest auf November 1960. Die Zeitungsverleger und der Rundfunk erklärten sich ebenso wie der Südwestdeutsche Journalistenverband bald zur Mitarbeit bereit. Die Liederhalle, das größte Konzerthaus der Stadt Stuttgart mit einem Hauptsaal, vielen Nebensälen und einem weiträu-

Ein Saal voll guter Stimmung. Der Landespresseball in der Stuttgarter Liederhalle.

migen Foyer wurden reserviert, Ministerpräsident Dr. Kiesinger (wie später auch seine Amtsnachfolger) übernahmen die Schirmherrschaft. Der ganze komplizierte Vorbereitungsapparat mit der Verpflichtung von Musikkapellen, von Künstlern für Darbietungen, einer Tombola und vielem anderen kam in Gang. An der Ausrichtung des Festes sind unter erheblichem Zeitaufwand und in mühsamer Arbeit freiwillig und ehrenamtlich seitdem Angehörige der Medien beteiligt. Bald sollte der Landespresseball, schon beim ersten Mal über alle Erwartung erfolgreich, eine neue Tradition begründen. Seit nunmehr 25 Jahren vereint er die Repräsentanten des öffentlichen Lebens von Baden-Württemberg aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kunst, wie auch die Vertreter des konsularischen Korps, der deutschen und alliierten Streitkräfte unter dem Dach der Liederhalle zu einem friedlichen Fest. Der Reinertrag der Veranstaltung fließt einem Sozialfonds zu, der von den beteiligten Medien-Organisationen zugunsten Notleidender verwaltet wird.

Drei Landesvorsitzende. Von rechts SPD-Fraktionsvorsitzender Ulrich Lang, Ministerpräsident Lothar Späth, FDP-Fraktionsvorsitzender Jürgen Morlok.

Anerkennung durch die politische Führung

Alle drei seit Gründung der Landespressekonferenz zeitweise als Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg wirkenden Persönlichkeiten waren, ebenso wie der gegenwärtig amtierende Staatschef, bereit, sich zum Jubiläum der LPK über ihre Erfahrungen mit dieser Institution in Gesprächen oder schriftlichen Erklärungen zu äußern. Das Gleiche gilt auch für den amtierenden Landtagspräsidenten. So ist hier die Spitze der Repräsentanz unseres Staates mit eigenen Gedanken und Worten über Vergangenheit und Gegenwart im Jubiläumsheft aktuell gegenwärtig. Wir sind sehr dankbar dafür.

Prof. Dr. Gebhard Müller, Ministerpräsident von 1953–1958

Dr. Müller bemerkte zu seinen Erfahrungen mit der Landespressekonferenz Baden-Württemberg während seiner Stuttgarter Amtsjahre als Regierungschef, die Gründung dieser Institution Anfang 1954 sei gerade im rechten Zeitpunkt gekommen, um durch Belebung der Information zwischen Regierung und Bevölkerung zum allgemeinen Nutzen tätig zu werden. Die landespolitische Szene sei damals, das heißt knapp anderthalb Jahre nach der Bildung des Südweststaates, emotional bewegt gewesen. Die Kämpfe zur Erreichung dieses Ziels hätten in der Bevölkerung noch nachgewirkt. Dazu sei der heftige Parteienstreit in der Zeit von April 1952 bis September 1953 um die Verfassung des neuen Landes, um dessen Haltung im Bundesrat zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und um die Wirtschaftspolitik des Bundes noch nachgeklungen. Ende September sei er – Gebhard Müller – als Nachfolger Reinhold Maiers zum Ministerpräsidenten gewählt worden, verbunden mit der Bildung einer Großen Koalition aus CDU, SPD, FDP und BHE. Im November sei dann die Verfassung des neuen Landes in modifizierterer Form einstimmig angenommen worden. Die Bevölkerung habe nun mit Spannung und teilweise auch skeptisch die Bewältigung der anstehenden Aufgaben durch Regierung und Landtag erwartet. „Das schwierige Werk der Vereinigung von drei bis dahin selbständigen Staaten zu einem lebensfähigen Land, nach Fläche und Bevölkerung dem drittgrößten der Bundesrepublik, unter Berücksichtigung von landsmannschaftlichen Empfindlichkeiten und unter Einhaltung gegebener Versprechen" – so fuhr Dr. Müller fort – „nahm Jahre mühsamer gesetzgeberischer, verwaltungstechnischer und personalpolitischer Entscheidungen in Anspruch. Die Darlegung dieser Situation soll zum Verständnis dessen beitragen, wie wichtig in den Jahren meiner Amtszeit als baden-württembergischer Ministerpräsident die Mitwirkung der eben ins Leben getretenen Landespressekonferenz war. Es kam jetzt wesentlich darauf an, die notwendigen Maßnahmen der Bevölkerung einleuchtend verständlich zu machen. In der Anfang 1954 gegründeten Landespressekonferenz, einem

Gremium einschlägig spezialisierter Journalisten aller Medien, die sich selbst organisiert hatten und nach Vorbild der Bundespressekonferenz die relativ regelmäßigen Sitzungen mit Regierungsmitgliedern leiteten, war ein Multiplikator geschaffen, der in Berichten und Kommentaren über Zeitung, Funk und Fernsehen die Probleme und Bemühungen der politischen Führung um die Schaffung eines homogenen Staatsgebildes täglich in nahezu jede Wohnstube Baden-Württembergs und darüber hinaus vermittelte."

Ministerpräsident Dr. Kurt Georg Kiesinger überreicht Dr. Gebhard Müller zu dessen 60. Geburtstag die Goldene Verfassungsmedaille, die höchste Auszeichnung des Landes. Dahinter links Paul Hellersberg, rechts Peter Kustermann.

Dr. Kurt Georg Kiesinger, Ministerpräsident von 1958 bis 1966

Die fast sieben Jahre Regierungstätigkeit in Stuttgart sind auch bei Dr. Kiesinger in farbiger Erinnerung geblieben. Sie endeten mit seiner Wahl zum Bundeskanzler unter Schaffung einer Großen Koalition aus CDU und CSU mit der SPD. Die Zusammenarbeit mit der Landespressekonferenz (LPK) während seiner Stuttgarter Regierungsjahre steht ihm noch lebhaft vor Augen. Im Gespräch darüber erwähnte er, dies sei für ihn eine neue Erfahrung gewesen. Zwar habe er von jeher viele Kontakte mit einzelnen Journalisten von Presse, Rundfunk und Fernsehen gehabt. Der Umgang mit einem Publizistenkollektiv in der Form der LPK sei ihm damals jedoch neu gewesen. Die Ergebnisse der jeweiligen Kabinettsitzungen seien der

Pressekonferenz mitgeteilt und von den Teilnehmern notiert worden. - Er - der Ministerpräsident - habe sich dabei bemüht, die Teilnehmer anzuregen, bei dieser Gelegenheit tiefer in die reiche Problematik landespolitischer Fragen einzusteigen, etwa in der Form eines politischen Seminars. Er habe dabei schnell erkannt, daß er keine wertvolleren Verbündeten als die Landespressekonferenz haben könne. Ihre Mitglieder seien durchweg guten Willens gewesen, seine Gedanken und Vorhaben kritisch und unterstützend zu begleiten. Auch er, so habe er sich gesagt, würde von ihnen lernen können. „Es waren", so fuhr Dr. Kiesinger wörtlich fort, „durchaus glückliche Erfahrungen und ich habe eigentlich im nachhinein bedauert, daß es mir in Bonn nicht im selben Maße möglich gewesen ist, durch ständige Pressekonferenzen in ähnlichem Stil Kontakt zu nehmen. Das hat Konrad Adenauer mit seinen berühmten Presse-Tees getan. Aber davon bin ich zu spät informiert worden, sonst hätte ich gewiß etwas Ähnliches unternommen."

Prof. Dr. Hans Filbinger, Ministerpräsident von 1966–1978

Unter anderem erinnerte Dr. Filbinger daran, daß nach Bildung des Landes die frühere Spannung noch längst nicht beseitigt gewesen sei. In dem Kampf, der dann um die Wiederselbständigmachung von Baden anhob, habe die Landespressekonferenz durch sachliche Information für den Südwest-Staat eine gute Klinge geführt. Den Abstimmungssieg im Jahre 1970 habe man der Landespresse mit zu verdanken.

Ministerpräsident Dr. Karl Filbinger bei einer Landespressekonferenz. Rechts im Bild Eduard Adorno, Minister a.D., links Georg Sigmund Alf.

Die Landespresse habe auch Entscheidendes für die Durchsetzung der großen Reformmaßnahmen getan, so des Krankenhausplans, des Landesentwicklungsplans, der mittelfristigen Finanzplanung und des Riesenunternehmens der Gebietsreform. Ohne das „Ja" der Bevölkerung zu diesen tiefgreifenden Veränderungen sei nichts gegangen. Die Landespresse habe das zähe, vieljährige Bemühen der Regierung und der Verwaltung in bewundernswerter Weise – dabei durchaus kritisch – verfolgt und den Boden für das Verständnis der Bürger bereitet. Diese Phase sei ein hohes Lied auf die sachliche Berichterstattung und das Berufsethos der LPK.
Noch Anfang der 70er Jahre habe – so fuhr Dr. Filbinger fort –, in der wöchentlich abgehaltenen LPK das Mündlichkeitsprinzip geherrscht. Die Regierungsmitglieder hätten vorgetragen und die Journalisten ihre Notizen gemacht. Als die Reformwelle immer höher geschlagen und das Material komplizierter geworden sei, habe man sich entschlossen, die LPK durch begleitende schriftliche Unterlagen zu entlasten. Das habe gewiß den Informationsfluß gefördert. Die Spontaneität der Berichterstattung, auch die Lebendigkeit des Frage- und Antwort-Spiels in der LPK selbst habe jedoch darunter gelitten.

Lothar Späth, Ministerpräsident seit 1978

„Politik und Massenmedien, Politiker und Journalisten stehen in einem natürlichen Spannungsverhältnis zueinander. Wer in der politischen Verantwortung steht, ist auf die Vermittlung von Entscheidungen und Entscheidungsprozessen durch Presse, Hörfunk und Fernsehen angewiesen. Die Journalisten ihrerseits haben als Repräsentanten der sogenannten „veröffentlichten Meinung" die schwierige Aufgabe, immer komplexer werdende Vorgänge den Lesern, Hörern und Zuschauern verständlich zu machen. Seit meinem Eintritt in die aktive Politik habe ich mich stets für ein kritisches Gegenüber und eine beobachtende Distanz zwischen Politik und Massenmedien ausgesprochen. Fairneß auf beiden Seiten, Verständnis für unterschiedliche Interessenlagen und die Einhaltung von tradierten Mindeststandards des „miteinander Umgehens" waren für mich stets Richtschnur.
Es ist zur guten Übung geworden, daß die Landesregierung jeweils am Mittwoch – neuerdings Dienstagvormittag – die Mitglieder der Landespressekonferenz in die Villa Reitzenstein bittet, um über die Ergebnisse der Sitzungen des Ministerrates zu informieren. Die Offenheit, die Selbstverständlichkeit und das gegenseitige Maß an Respekt haben die Landespressekonferenz zu einem „Instrument" der Informationsvermittlung gemacht, was in den deutschen Bundesländern seinesgleichen sucht.
Ich wünsche der Landespressekonferenz Baden-Württemberg zu ihrem 30-jährigen Bestehen, das nahezu zeitsynchron mit dem 30jährigen Bestehen des Landes Baden-Württemberg gefeiert wird, von Herzen alles Gute, allen

Ministerpräsident Lothar Späth gibt am 28. März 1984 vor der LPK Einzelheiten über beabsichtigte Veränderungen in der Landesregierung bekannt.

Mitgliedern der LPK persönlich und beruflich viel Erfolg und freue mich über die kritische Begleitung der baden-württembergischen Landespolitik durch die im Verein der Landespressekonferenz Baden-Württemberg zusammengeschlossenen Zeitungen und Rundfunkanstalten unseres Landes."

Erich Schneider, Landtagspräsident seit 1982

„Drei Jahrzehnte Landespressekonferenz - auch dieses Jubiläum ist ein Markstein in der Geschichte unseres Bundeslandes, zu dessen demokratischer Entwicklung die „Vierte" Gewalt ihren kritischen Beitrag geleistet hat. Von dem großen württembergischen Liberalen Friedrich Payer stammt der Satz, Presse und Parlament seien Kollegen und Konkurrenten zugleich. Sie respektierten sich gegenseitig, ohne einander zu überschätzen, und daß sie aufeinander angewiesen seien, sei beiden gelegentlich unbehaglich. Unbehaglich zumute ist mir nun keinesfalls, wenn ich das 30jährige Bestehen der Landespressekonferenz Baden-Württemberg zum Anlaß nehme, sie nicht nur zu diesem Jubiläum zu beglückwünschen, sondern auch, um einen kurzen Blick auf diesen Zeitabschnitt seit ihrer Gründung im Jahre 1954 zu werfen. In dieser Zeit hat sich die Publizistik grundlegend verändert und die Rolle der Medien ist keinesfalls geringer geworden. Zu Zeitung und Hörfunk kam das Fernsehen mit seinen vieldiskutierten Wirkungen, die

Erich Schneider, Landtagspräsident seit 1982

Wolf-Dieter Hasenclever, erster Sprecher der Gruppe der Grünen nach der Landtagswahl 1980.

medienpolitische Landschaft ist in Bewegung geraten, die Kommunikationsgesellschaft ist im Entstehen begriffen.
Seit 30 Jahren spielt in Baden-Württemberg die Landespressekonferenz einen unverzichtbaren Part, auch und gerade in der Darstellung der Arbeit des Landtags. Ohne die Arbeit der Parlamentsjournalisten wäre Politik und Vermittlung von Politik nicht denkbar: Als einmal im Deutschen Reichstag im Jahre 1908 die Zeitungsberichterstatter aus Protest ihre Arbeit einstellten, hörte die Tätigkeit des Reichstages auf, für die Nation zu existieren. Im Parlament von heute sitzt ein wichtiger Teil der Öffentlichkeit auf der Pressetribüne.
Pressefreiheit ist eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren des demokratischen Staates. Die Journalisten, deren Wirken der große Soziologe Max Weber einen bedeutenden Rang eingeräumt hat, nehmen in der Wahrung dieser Freiheit Aufgaben wahr, die in einer pluralistischen Gesellschaft ein hohes Maß von Verantwortung und Sachkunde erfordern. Die Landespressekonferenz hat sich in den 30 Jahren ihres Bestehens diesem Anspruch gestellt und sich als ein wichtiger Vermittler der Landespolitik erwiesen. In einzelnen Fällen mag sie manchesmal als unbequem empfunden worden sein, aber kein Politiker konnte je an ihrer für das demokratische Gemeinwesen wichtigen Aufgabe als Informant und kritischer Beglei-

Professor Walter Krause, SPD-Landesvorsitzender a.D., Innenminister a.D., Landtagsvizepräsident a.D.; mit ihm hatte die LPK besonders häufig Kontakt vor allem im Zusammenhang mit der Gebietsreform in Baden-Württemberg.

ter des politischen Geschehens zweifeln. Zu den Verfassungspflichten der Presse zählen Information, Kontrolle und Kritik und nicht zuletzt ihr Beitrag zur Meinungsbildung. Der Politiker braucht zu seiner Handlungsfähigkeit das kritische Echo. Dies kann ihn in seiner Argumentation und in seinem politischen Kurs stärken oder aber ihn dazu veranlassen, daß er seine Position überprüft und Kurskorrekturen vornimmt.
Der Landespressekonferenz ein Glückauf in die nächsten 30 Jahre!"

*Die Ersten Vorsitzenden der LPK in den Jahren 1954 bis 1984**

1954 Dr. Eugen Pfuhler
1955 bis 1959 Karl Dees
1960 und 1961 Dr. Alois Rummel
1962 und 1963 Peter Kustermann
1964 und 1965 Heinz Stabe
1966 und 1967 Friedrich Treffz-Eichhöfer
1968 und 1969 Heinz Stabe
1970 und 1971 Friedrich Treffz-Eichhöfer
1972 Georg Sigmund Alf
1973 Klaus Fischer
1974 Helmut Hasselt
1975 und 1976 Wolfgang-Dietrich Zöllner
1977 und 1978 Hanns Funk
1979 und 1980 Klaus G. Wertel
1981 und 1982 Gerhard Meier-Röhn
1983 und 1984 Wolfgang-Dietrich Zöllner

*Weitere Vorstandsmitglieder in den genannten Jahren (alphabetisch)**

Hartmut Altenmüller
Werner Bollmann
Peter P. Born
Jens B. Fink
Dr. Wilhelm Gradmann
August Griesinger
Paul Hellersberg
Edwin Konnerth
Rolf Kroseberg
Andreas Lehmann
Friedrich Lösch
Herrmann Prandhoff
Dr. Georg Remme
Dr. Arbo Frhr. von Roeder
Dr. Erich Ruckgaber
Gerhard Schöberl
Heinz L. Steuber
Alexander Veil
Rolf Winter
Theo Wurm

* Der Vorstand des Gründungsjahres nannte sich „Arbeitsausschuß", der Vorsitzende „Sprecher". Die Jahreszahlen beziehen sich auf das Vereinsjahr. Es beginnt in der Regel jeweils im ersten Quartal des Jahres und umfaßt rund zwölf Monate. Dem Vorstand gehörten seit Gründung der LPK zunächst fünf Mitglieder an, seit 1960 drei und seit 1970 bis auf weiteres vier Mitglieder.

Die Landespressekonferenzen der anderen Bundesländer

Bei einem Rückblick auf die Jahre der eigenen Landespressekonferenz drängt sich die Frage auf: „Wie macht es der Nachbar?" Eine Rundfrage zeigt überraschend, daß ähnliche Organisationen zwar in allen zehn Bundesländern bestehen, jedoch nahezu ohne Verbindung zueinander. Sie führen ein Inseldasein. Dies mag Ausdruck und Folge föderalistischer Entwicklung sein. Die Varianten sind dabei wohl auf die unterschiedliche landsmannschaftliche Mentalität zurückzuführen, jedenfalls in langen Jahren gewachsen und deshalb zu respektieren. Die auf eine briefliche Rundfrage erteilten sehr kameradschaftlichen Antworten mußten sich notgedrungen auf Grundtatsachen beschränken. Historische Darstellungen, gar Promotionsschriften waren den Kollegen nicht zuzumuten. Auch die Kurzangaben sind aus Stuttgarter Sicht interessant. Baden-Württemberg schneidet, so will es scheinen, hinsichtlich der Publizitätsbereitschaft von Parlament, Regierung und Behörden nicht schlecht ab. Die Reihenfolge der Antworten von seiten der Landespressekonferenzen entspricht dem zeitlichen Eingang. Die hier wiedergegebenen Angaben halten sich sprachlich möglichst eng an den ursprünglichen Text.

Die LPK Rheinland-Pfalz wurde im September 1950 gegründet als Arbeitsgemeinschaft. Die Pressekonferenzen mit dem Ministerpräsidenten finden etwa alle sechs Wochen in Form eines Presse-Tees um 9 Uhr statt. Regelmäßige Pressekonferenzen nach Kabinetts- oder Fraktionssitzungen gibt es nicht. Den Pressetee leitet der Regierungssprecher. Eine freie Fragerunde ist dabei zugelassen. Auswärtige Informationsreisen innerhalb und außerhalb des Landes sind selten. Ein jährliches Sommerfest wird von der Parlaments- und Regierungsprominenz stets gut besucht.

In Bayern firmiert die entsprechende Organisation als „Bayerische Landespresse e.V.". Sie wurde im Januar 1957 als freiwilliger Zusammenschluß der bayerischen ständigen Parlamentsjournalisten gegründet. Die meisten LPK-Aufgaben erfüllt sie gemeinsam mit dem Presse-Club München e.V. Die Bayerische Landespresse hat derzeit 53 Mitglieder. Regelmäßige Pressekonferenzen bzw. -gespräche mit dem Ministerpräsidenten gibt es nicht. Bei Bedarf, über den das Kabinett entscheidet, findet auf Drängen der Presse nach den Dienstagssitzungen des Ministerrats eine Pressekonferenz der Staatsregierung, (seit Oktober 1982 bis Dezember 1983 insgesamt 22mal, davon unter Beteiligung des Ministerpräsidenten zweimal), statt. Fragen über den vom Kabinett gegebenen Themenbereich sind möglich. Auf Pressekonferenzen der CSU-Landesleitung ist Franz Josef Strauß immer anwesend. Zur Informationspolitik des Ministerpräsidenten erschien im März 1981 in einer großen süddeutschen Tageszeitung ein Zweispalter unter der Überschrift „Späth als Vorbild für Strauß genannt".

Informationsbesuche der bayerischen Presse wurden in den Jahren 1963 bis 1967 unter Begleitung des Landtagspräsidenten nach London, Bern, Brüssel, Paris, Bonn und Den Haag durchgeführt. Darüber hinaus fanden weitere Informationsfahrten ins In- und Ausland auf Einladung von Landtag, Senat, Fraktionen und Organisationen statt.

Schon über 35 Jahre besteht die LPK in Niedersachsen. Im Jahr 1982 zählte man über 100 Routine-Pressekonferenzen im Landtag, 24 Fahrten ins Land zu öffentlichen Einrichtungen und großen Organisationen. Mit der Wehrbereichsverwaltung flog man 1982 nach Beja (Portugal), mit dem Minister für Bundesangelegenheit zur Euregio, mit der Bundespost reiste man zur Zugspitze, mit dem Bundesgrenzschutz zur Ostsee. Der Ministerpräsident hält eigene Pressekonferenzen vorwiegend in der Staatskanzlei oder im Gästehaus ab. Die Minister kommen regelmäßig zum Sitz der LPK. Ende 1982 zählte die LP Niedersachsen 85 Mitglieder, die für 69 Publikationsorgane tätig waren.

Der Ursprung der LPK Nordrhein-Westfalen geht auf das Jahr 1947 zurück. Sie wurde 1952 in einen eingetragenen Verein umgewandelt und zählt 1984 knapp über 100 Mitglieder. Die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft gleichen weitgehend denen in den meisten anderen Bundesländern. Die Angehörigen des Vereins müssen als Korrespondenten oder Redakteure der Medien hauptberuflich laufend mit Themen des Landes befaßt und überwiegend am Sitz von Landtag und Regierung tätig sein. Zur Vermeidung eines Monopolcharakters der Institution enthält die Satzung einen Gäste-Paragraphen. Die nordrhein-westfälische LPK hat im Haus des Düsseldorfer Landtags ein „Pressezentrum" gegen die symbolische Zahlung von jährlich 1 DM gemietet. Hier finden an mehreren Tagen jeder Woche eine Pressekonferenz mit Ressortministern, Frakions- und Parteivorsitzenden, Chefs oberster Landesbehörden sowie Leitern von Organisationen öffentlichen Interesses statt. Die Genannten gelten im Pressezentrum als Gäste der LPK. Der Ministerpräsident erscheint dort selten. Am Amtssitz des Landeschefs werden in unregelmäßigen Abständen sogenannte „Kabinettspressekonferenzen" mit dem Regierungssprecher abgehalten. Bezüglich Informationsreisen übt man in Düsseldorf Zurückhaltung.

Zwei Jahre nach der Gründung der LPK Baden-Württemberg, also 1956, entstand auch in Hessen eine solche Institution. Die Satzung hat im Laufe der Jahre verschiedentlich Änderungen erfahren. In der 1984 gültigen Fassung wird die „selbständige Berichterstattung über das landespolitische Geschehen in Hessen" zur Bedingung für die Aufnahme als ordentliches Mitglied gemacht. Pressekonferenzen mit dem Regierungschef finden nur statt, wenn das Kabinett schwerwiegende Entscheidungen getroffen hat. Im

Normalfall beschränkt sich die Information der Medien von staatlicher Seite auf offizielle Pressemitteilungen, wobei den Journalisten und Redaktionen die Möglichkeit von ergänzenden Fragen an den Regierungssprecher oder den jeweils zuständigen Ressortsleiter zusätzlich offen steht. Hält der Ministerpräsident oder einer der Minister eine Pressekonferenz ab, so kann eine Fragerunde über das angekündigte Thema hinaus stattfinden. Informationsbesuche in die verschiedenen Regionen des Landes und Besichtigungen von deren Einrichtungen werden gelegentlich durchgeführt.

Nach der politischen Eingliederung des Saarlandes in das Bundesgebiet war auch für die Journalisten dieses neuen Staates die Zeit zur Installierung einer „Landespressekonferenz Saar" gekommen. Ihr Gründungsjahr ist 1956. Auf landespolitischem Gebiet ist sie rege tätig: Sie konferiert jeden Montag mit den drei im Landtag vertretenen Fraktionen CDU, SPD und FDP getrennt, meist jeweils 30 Minuten lang. An jedem Dienstag findet dann im Anschluß an die Kabinettssitzung eine Landespressekonferenz mit dem Ministerpräsidenten und den übrigen Regierungsmitgliedern statt. Auch hierbei ist, wie in vielen anderen Bundesländern nach Behandlung der von Regierungsseite vorgetragenen Themen eine Fragerunde zu weiteren landespolitischen Themen üblich. Die LPK Saar steht in gutem Kontakt mit den Journalisten der Nachbargebiete in Frankreich und Luxemburg, gefördert unter anderem durch die Initiativen der saarländischen Kollegen und durch grenzübergreifendes Interesse an Presseberichten aus der ganzen Region.

Aus Kiel heißt es kurz und klar: Die LPK in Schleswig-Holstein (offizieller Name Landespressekonferenz Kiel) ist über 30 Jahre alt. Eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten findet sechs- bis siebenmal im Jahr statt. Jeden Mittwoch ist Parlamentspressekonferenz mit jeweils einem Abgeordneten der Fraktionen. Jeden Donnerstag spricht ein Regierungsvertreter, meist ein Minister vor der LPK. Fragen können gestellt werden. Zu der Frage: Reisen? heißt es: zuweilen nach Bonn. Die LPK gibt jedes Jahr einen Empfang für die Repräsentanten des öffentlichen Lebens.

Wöchentlich einmal tagt die LPK Bremen, dabei handelt es sich, wie betont wird, jedoch nicht um Nachrichten, die im leicht überschaubaren Raum ohnehin schnell jedermann zugänglich sind, vielmehr ladet die bremische LPK jede Woche einen Referenten ein, der im Rathaus einen Vortrag hält. Das Thema wird von der LPK vorgeschlagen. In unregelmäßigen Abständen sprechen hier auch der Regierungschef, der Parlamentspräsident und die Senatoren. Die Sitzungen werden vom LPK-Vorsitzenden geleitet. Jährlich eine Reise dient den bremischen Seehandelsinteressen, zum Beispiel zu konkurrierenden Häfen wie Rotterdam.

Hamburg hat die mitgliedstärkste Landespressekonferenz im Bundesgebiet mit über 300 Angehörigen. Der Grund liegt in der ungewöhnlich dichten Konzentration von personalstarken großen Medien in diesem Stadtstaat. Hier befindet sich unter anderem die Zentrale der Deutschen Presseagentur, mehrere Wochenblätter mit Millionenauflage und der Norddeutsche Rundfunk. Stimmberechtigt bei den Mitgliederversammlungen sind aber nur drei Mitglieder von jeder Redaktion. Eine Pressekonferenz findet jeden Dienstag nach der Senatssitzung statt, an der je nach Themenlage die zuständigen Senatoren oder auch der Bürgermeister selbst teilnehmen. Daneben veranstaltet die LPK unregelmäßig Pressegespräche mit Bundes- oder Landespolitikern. Die Reisetätigkeit der Arbeitsgemeinschaft hat in letzter Zeit stark nachgelassen. Das Gründungsjahr ist 1959.

Die Berliner Pressekonferenz ist nicht in allen Punkten mit den oben beschriebenen Organisationen im Bundesgebiet vergleichbar. Gemäß ihrer Auskunft gilt sie als eine Schwesterorganisation der Bundespressekonferenz in Bonn. Nach historischer Entwicklung, politischer und geografischer Lage ist hier ein Sonderfall gegeben. Die Vorgängerin der jetzigen Berliner Pressekonferenz wurde am 20. Juni 1933 durch das Propagandaministerium der Nationalsozialisten unter dem Hinweis auf ihre Unvereinbarkeit mit dem Autoritätsgedanken aufgelöst und in den folgenden zwölf Jahren mehr oder weniger zu einer Befehlsempfangsstelle für dem Regime genehme Pressevertreter umfunktioniert. 1950 erfolgte die Neugründung der Berliner Pressekonferenz durch prominente Verfechter der Pressefreiheit als „eine unabhängige Arbeitsgemeinschaft, die der Information der Presse durch die Organe und Organisationen des öffentlichen Lebens dient", wie es in den Richtlinien der Pressekonferenz heißt. Die jährlichen Hauptversammlungen wählen einen Arbeitsausschuß, der die Geschäfte führt und auch über die Aufnahme von Mitgliedern beschließt. „Der Ausschuß wird sich", so besagen die Richtlinien, „bei der Aufnahme im einzelnen daran orientieren, ob sie" - die Aufzunehmenden - „die Grundsätze einer freien und unabhängigen Presse nach Artikel 5 des Grundgesetzes vertreten. Auch ausländische Korrespondenten können als Mitglieder aufgenommen werden." Jeweils im Dezember veranstaltet die Berliner Pressekonferenz ein Jahresessen, mit dem denen für die Informationen gedankt werden soll, die im Verlauf des Jahres den Journalisten zur Verfügung standen. Der Berliner Pressekonferenz haben sich schon bedeutende Persönlichkeiten des Weltgeschehens wie Robert Kennedy, US-Astronauten, alle deutschen Bundeskanzler und Minister, Vertreter der internationalen Organisationen und viele andere zur Verfügung gestellt.